

In Frieden altern

Wie schnell die Weltbevölkerung wächst, hat gravierende Folgen für die Sicherheitspolitik. Auch deshalb: Investiert in die Bildung von Frauen!

Von Bettina Vestring

So sicher wie Japan ist kaum ein Land auf der Welt. Seit 2002 fällt die Verbrechensrate von Jahr zu Jahr; inzwischen ist sie auf dem niedrigsten Stand der Nachkriegszeit angelangt. Der Waffenbesitz ist streng reguliert, es gibt eine große Polizeipräsenz und engmaschige soziale Kontrollen. Doch die wichtigste Ursache für die sinkende Kriminalitätsrate wird selten genannt: die rasante Alterung der japanischen Gesellschaft. Sie bedingt auch die einzige große Ausnahme vom allgemeinen Kriminalitätsrückgang: Die Zahl der Ladendiebstähle der über 65-Jährigen hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht – einerseits, weil es einfach so viele alte Menschen gibt, andererseits, weil viele von ihnen arm sind und aus Hunger stehlen oder auf die staatliche Gesundheitsversorgung im Gefängnis hoffen.

Japan ist das demografische Pilotprojekt der Welt. Hier fiel die Geburtenrate schon Anfang der 1970er Jahre unter die 2,1 Kinder je Frau, die

zum langfristigen Erhalt der Bevölkerung notwendig sind. Die Lebenserwartung ist besonders hoch, deswegen liegt der Anteil der über 65-Jährigen inzwischen bei fast 30 Prozent. Und Japan altert auch deswegen im Zeitraffer, weil es kaum Einwanderer ins Land lässt. Seit 2010 schrumpft die Bevölkerungszahl.

Alte Menschen verhalten sich anders als junge. Das hängt mit sinkender körperlicher Leistungsfähigkeit zusammen, mit einem größeren Sicherheitsbedürfnis und mit geringerer Risikofreude. Ältere Menschen rauben und morden nicht nur weniger häufig, sie eignen sich auch schlechter als Soldaten oder gar als Selbstmordattentäter. Alternde Gesellschaften sind nach innen und nach außen friedlicher als junge Völker.

Wie weit sich die weltweiten Demografieprognosen für das 21. Jahrhundert bewahrheiten, ist deswegen nicht nur eine Frage, die für die Ernährung der Weltbevölkerung, ihren Ressourcenverbrauch, die Umwelt

und das Klima entscheidend ist, sondern auch für den Weltfrieden. Die Stabilität der künftigen Weltordnung hängt mit davon ab, dass die Bevölkerungsentwicklung in den alternden Industrie- und Schwellenländern sowie in den immer noch stark wachsenden Entwicklungsländern nicht zu sehr auseinanderklafft.

Ressourcen fehlen

Dass die Risikobereitschaft mit dem Alter sinkt, leuchtet intuitiv ein. Wissenschaftlich haben sich vor allem Ökonomen mit der Frage befasst: Sind ältere Menschen risikoaverser, wenn es um Investitionsentscheidungen geht? Thomas Dohmen und Armin Falk von der Universität Bonn haben 2017 umfangreiche Daten aus den Niederlanden und Deutschland untersucht und kamen zu einem eindeutigen Ergebnis: Ein Anstieg des mittleren Alters einer Bevölkerung um zehn Jahre bedeutet – nach bestmöglicher Bereinigung anderer Faktoren – einen Rückgang der Aktieninvestitionen um 2,5 Prozent und der selbstständigen Tätigkeiten um 6 Prozent. „Diese Berechnungen dienen als Indikator dafür, dass es eine substantielle Korrelation zwischen Risikoeinstellung und Alter gibt“, so die Autoren.

Das Altern einer Gesellschaft wirkt sich aber auch auf die Ressourcen aus, die für Verteidigung, Sicherheitspolitik und Krieg eingesetzt werden können. Mit sinkender Geburtenrate durchläuft ein Land zunächst ein goldenes Zeitalter und profitiert von der Bevölkerungsdividende: Die große Mehrheit der Menschen befindet sich im Arbeitsalter, es sind nicht mehr so viele Kinder zu versorgen, aber auch noch nicht so viele alte Menschen – eine Situation, die etwa das jahrzeh-

telange starke Wirtschaftswachstum in China begünstigt hat.

Im nächsten Stadium verschlechtert sich die Lage: Dann kommen zu wenig junge Menschen auf den Arbeitsmarkt; zugleich müssen immer mehr Alte versorgt werden. Die Innovationskraft nimmt ab, die Wirtschaft leidet nicht nur unter einem Mangel

an Arbeitskräften, sondern auch an der Ausdünnung der konsumstarken Jahrgänge. Die Renten- und Krankenversorgung der Alten verschlingt einen immer höheren Anteil der Ressourcen.

Die sozialen Folgen der Bevölkerungsalterung können dramatisch sein; unser Blick richtet sich aber vor allem auf die Auswirkungen auf das Militär und damit auf die Möglichkeiten eines Landes, Hard Power einzusetzen: Eben zu dem Zeitpunkt, an dem es für ein alterndes Land schwieriger und teurer wird, Soldaten zu rekrutieren, fehlen ihm auch immer mehr die Mittel, auf kapitalintensive Kriegsführung beispielsweise mit Drohnen umzustellen.

Vermutlich wird sich eine alternde Gesellschaft eher dafür entscheiden, Rüstungsprojekte zu streichen, als alte Menschen der Armut zu überlassen. Das gilt nicht nur für Demokratien wie Deutschland, wo die über 60-Jährigen die politisch aktivste Wählergruppe stellen und höhere Ausgaben für die Bundeswehr in Konkurrenz zu Sozialleistungen wie der neuen Grundrente stehen. Auch alternde Autokratien sind anfällig für Pensionärsproteste, wie sich an dem Widerstand russischer Rentner gegen Präsident Wladimir Putins Rentenreform zeigte.

Hat eine alte Gesellschaft weniger Geld für Rüstungsprojekte?

In vier Jahren erreicht China den höchsten Bevölkerungsstand

Im Jahr 2007 veröffentlichte der amerikanische Politikwissenschaftler Mark L. Haas einen aufsehenerregenden Aufsatz mit dem Titel „Geriatric Peace“, in dem er die Auswirkungen von unterschiedlich rasch fortschreitenden Alterungsprozessen in konkurrierenden Nationen beschrieb. Etwas unangenehm wirken seine triumphalistischen Schlussfolgerungen: Die

USA gingen aus der Großmachtkonkurrenz Chinas, Russlands und Europas als klarer Sieger hervor, da die amerikanische Gesellschaft dank einer etwas höheren Geburtenrate und ihrer anhaltenden Attraktivität für Zuwanderer auch auf lange Sicht weniger rasch altere als ihre Wettbewerber. Allerdings würden auch in den USA die Ressourcen für das Militär knapper, was ihre Möglichkeiten zu weltweiten Interventionen einschränken werde.

Wie weit sind Haas' Vorhersagen eingetreten? Auf der Ausgabenseite macht sich die Ressourcenknappheit noch nicht bemerkbar. Im Gegenteil, in vielen Ländern wachsen die Verteidigungsetats sogar kräftig, genährt durch ein erstarkendes Bedrohungsgefühl. Selbst Japan erhöht aus Angst vor China seine Militärausgaben. Allerdings scheint die Neigung zu militärischen Interventionen im Ausland abzunehmen. Für das rasch alternde Deutschland gilt das ohnehin, aber auch die USA scheuen vermehrt vor internationalen Missionen zurück, schon unter Barack Obama, und nun erst recht unter Donald Trump.

Eine Sonderrolle nimmt Russland ein. Putin setzt auf Militäraktionen in Georgien, der Ukraine oder auch Syrien, um die Macht seines Landes

zu demonstrieren und sein Volk hinter sich zu scharen. Seit zwei Jahren aber sinken die russischen Militärausgaben, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI festgestellt hat, wodurch weitere Militäreinsätze erschwert werden. Für dieses Land mit seiner niedrigen Geburtenrate (1,6 Kinder je Frau) und erheblichen wirtschaftlichen Problemen werden auch kleine Kriege zu einer großen Last.

Nur die reichen Länder des Westens sind einigermaßen gerüstet, eine wachsende Schar von alten Menschen auf erträgliche Weise zu versorgen. In ärmeren Ländern ist große Not zu erwarten, die die Gesellschaft destabilisieren kann. Nur zu leicht könnten Regierungen dabei in Versuchung geraten, Wut und Verzweiflung auf einen äußeren Feind zu lenken.

Sinkende Geburtenraten

In 33 Ländern der Erde schrumpft mittlerweile die Bevölkerung. In fast 70 weiteren ist der Rückgang nur noch eine Frage von ein paar Jahren: Nach den Statistiken der Weltbank liegt auch dort die durchschnittliche Geburtenrate inzwischen unter der Reproduktionsrate von 2,1 Kindern je Frau. Länder wie Südkorea, Puerto Rico oder Moldawien mit kaum mehr als einem Kind pro Frau befinden sich im demografischen Sturzflug.

Aber auch in den riesigen Reichen Asiens verlangsamt sich das Wachstum. Das derzeit noch bevölkerungsreichste Land der Welt, China, wird im Jahr 2023 sein Bevölkerungsmaximum von 1,4 Milliarden Menschen erreichen und dann anfangen zu schrumpfen. Indien wird China in fünf Jahren überholen und noch jahrzehntelang weiterwachsen; doch auch

Bild nur in Printausgabe verfügbar

dort sinkt die Geburtenrate. Zwischen 2006 und 2016 ging sie von 2,7 auf 2,2 Babys je Frau zurück. Indiens Frauen, das ergab ein Zensus des indischen Gesundheitsministeriums, wünschen sich im Durchschnitt 1,8 Kinder.

So weit die guten Nachrichten. Die Geburtenrate geht zurück, sogar in den Ländern, wo immer noch besonders viele Babys geboren werden. Doch das sind die ärmsten und unglücklichsten Orte dieser Welt: Niger steht an der Spitze der Liste mit über sieben Babys je Frau, es folgen Somalia, Kongo, Mali und Tschad. Diese Länder sind in einem Teufelskreis von Gewalt, mangelnder Bildung, einem gewaltigen Überschuss an jungen Menschen und viel zu wenig Arbeit gefangen. Sie sind Beispiele für die „Youth Bulge“-Theorie, die von dem kontroversen deutschen Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen Gunnar Heinsohn mitentwickelt wurde: Ein Jugendüberschuss, behauptet Heinsohn, also ein Anteil der 15- bis

25-Jährigen von mindestens 20 Prozent an der Bevölkerung, sei ein Nährboden für Krieg, Gewalt, Kriminalität, Revolution und Terrorismus.

„Immer dort, wo Mütter über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte im Schnitt sechs bis acht Kinder haben, also drei bis vier Söhne, wird es brenzlich“, stellte Heinsohn schon 2007 fest, nachdem er die Bevölkerungsdaten von 70 Ländern überprüft hatte. „Nur ein, höchstens zwei Söhne können mit gesellschaftlichen Positionen versorgt werden. Die überschüssigen dritten und vierten Brüder, ehrgeizig und im besten Kampfesalter, emigrieren oder holen sich ihre Position mit Gewalt.“ Das Konfliktpotenzial steigt noch in Ländern, in denen die Viel-ehe gestattet ist. Je mehr Frauen jeder wohlhabende, vielleicht schon ältere Mann für sich in Anspruch nimmt, desto weniger bleiben für junge Männer – und umso größer ist der Druck auf sie, sich Status, Reichtum und Frauen zu erkämpfen.

In Afrika entscheidet sich die demografische Zukunft der Welt

Die demografische Zukunft der Welt entscheidet sich in Afrika. In 33 der 46 Staaten in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung derzeit noch um mehr als 2 Prozent im Jahr. Die UN-Bevölkerungsprognose vom Juni 2019 lässt einen Anstieg der Bevölkerung Subsahara-Afrikas von etwa einer Milliarde Menschen heute auf 2,1 Milliarden im Jahr 2050 und 3,7 Milliarden im Jahr 2100 erwarten. Viele Länder Europas, Amerikas und Asiens werden bis dahin schon stark gealtert und geschrumpft sein.

Verbindet man die Theorien von Heinsohn (Youth Bulge) und Haas (Geriatric Peace), bedeutet das, dass Krieg, Gewalt und Wanderungsdruck in Afrika gerade dann enorm zunehmen, wenn die alten Länder im Norden immer weniger in der Lage sind, Menschen und Ressourcen für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit aufzuwenden.

Es ist also die extreme Ungleichzeitigkeit der demografischen Entwicklungen in Afrika und fast überall sonst, die die Außen- und Sicherheitspolitik der Zukunft vor die größten Herausforderungen stellt. Im Norden wird sich dieser Gegensatz nicht auflösen lassen: Sinken die Geburtenraten erst einmal, wird eine geringe Zahl von Kindern alsbald zur sozialen Norm. Einwanderung kann helfen, das zeigt sich beispielsweise in den USA, wo die Geburtenlücke schon seit vielen Jahren durch Zuwanderer gefüllt wird – zumindest vor Trump. In vielen Ländern lehnt die Gesellschaft aber die Aufnahme Fremder ab, siehe Japan oder Ungarn.

Vielversprechender ist die Frage, ob es gelingt, die Geburtenraten in

den am schnellsten wachsenden Ländern rascher abzusenken. Die Vereinten Nationen haben für ihre Demografieprognose 2019 drei Varianten für die Zeit bis 2100 aufgestellt: Im Jahr 2100 soll es nach der mittleren Prognose 10,9 Milliarden Menschen auf der Erde geben. Bei einem raschen Rückgang der Geburtenrate könnten es 9,4 Milliarden, bei einem langsameren Absinken 12,7 Milliarden Menschen werden. Je nachdem, welche Variante eintritt, sind die Konsequenzen für Ernährung, Klima und Umwelt, aber eben auch für Frieden und Sicherheit gewaltig.

Bessere Bildung für Frauen!

Ein entscheidender Faktor, kritisiert der Wiener Demograf Wolfgang Lutz, werde in der Prognose von den Vereinten Nationen nicht berücksichtigt: die Bildung von Frauen. Je besser die Frauen eines Entwicklungslands gebildet sind, desto schneller fällt die Geburtenrate. Schon Mitte des Jahrhunderts könnte deswegen bei etwa neun Milliarden Menschen auf der Erde der „population peak“ erreicht sein, also der Moment, an dem weltweit die Bevölkerung ihre Höchstzahl erreicht hat und wieder anfängt zu schrumpfen.

Gebildete Frauen, so Lutz, sehen es nicht als gottgegeben an, wie viele Kinder sie haben, und sie überlassen diese Entscheidung auch nicht mehr allein ihrem Mann. Zudem haben gebildete Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, was sie nicht nur wirtschaftlich unabhängiger macht, sondern auch ihren Wert als Brotverdienerinnen erhöht – Kinder verursachen dann höhere Opportunitätskosten. In einem Interview schildert Lutz den Bildungs-

effekt am Beispiel Äthiopiens: „Frauen, die nie in der Schule waren, haben im Durchschnitt mehr als sechs Kinder. Frauen, die zumindest in der Volksschule waren, haben ungefähr vier Kinder, und Frauen, die in der Sekundarschule waren, haben zwei oder weniger Kinder – sie sind also fast auf europäischem Niveau bei der Kinderzahl.“

Ein weiterer Faktor ist die Attraktion der Städte. Heute leben in Afrika 60 Prozent der Menschen auf dem Land, in 30 Jahren werden es nur noch etwa 45 Prozent sein. Das rasche Anwachsen der Städte bringt viele Probleme mit sich, aber auf die Geburtenrate ist der Effekt eindeutig positiv: In der Stadt sinkt sie früher und schneller als auf dem Land. Denn in der Landwirtschaft sind Kinder nützliche Arbeitskräfte; in der Stadt dagegen, wo Wohnraum teuer ist und Lebensmittel gekauft werden müssen, sind sie vor allem Kostenfaktoren. Wer vom Land in die Stadt zieht, entfernt sich zudem vom Einfluss der meist patriarchalisch geprägten Dorf- und Familiengemeinschaft, für die es ein Wert an sich ist, viele Kinder zu haben. Auch die Religion spielt in der Stadt eine geringere Rolle. Und der Zugang zu Mitteln der Geburtenkontrolle ist leichter.

Fenster in die Zukunft

Bevölkerungsentwicklungen vollziehen sich langsam, mit langen Vorböten. Deswegen ist Demografie ein ausgezeichnetes Fenster in die Zukunft, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Bradley Thayer sagt. Und dieses Fenster verschafft den Handelnden einen in der Politik äußerst seltenen Luxus: Sie gewinnen Zeit,

um zumindest einen Teil der absehbaren Probleme zu lösen.

Wie schnell die Weltbevölkerung wächst, ist eine Schicksalsfrage in jeder Hinsicht, nicht zuletzt auch für die künftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der westlichen Welt.

Jetzt gilt es, die Chance zu nutzen, die Geburtenraten in den am schnellsten wachsenden Ländern der Welt zu verlangsamen. Urbanisierung bedarf keiner besonderen entwicklungspolitischen Anstrengung. Die rasche Verstädterung hat zu viele negative Auswirkungen, als dass sie eigens gefördert werden sollte. Anders steht es mit der Bildung für Mädchen und Frauen, die selbstbestimmtes Leben ermöglicht, die Wirtschaft stärkt und noch dazu die Geburtenrate so stark beeinflusst wie kein anderer Faktor. „Das wichtigste Fortpflanzungsmittel ist das Gehirn“, drückt es der Demograf Lutz aus.

Für die Geberländer von Entwicklungshilfe – eben jene rasch alternen Länder, für die das demografische Ungleichgewicht auf der Welt so brandgefährlich ist – ist die Schlussfolgerung klar: Sie sollten im eigenen Interesse jeden Euro und jeden Dollar in die Bildung von Mädchen und Frauen investieren.

Entwicklungshilfe sollte Mädchen und Frauen fördern



Bettina Vestring ist freie Autorin und Publizistin in Berlin. Sie schreibt vor allem über Außen-, Sicherheits- und Europapolitik.